

epd. Nr. 24, 4. Februar 2022

Fachgespräch: Lieferkettengesetz kann Kompass für Spielzeugkauf sein

Nürnberg (epd). Das Wortungetüm Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz wirkt sich noch wenig auf die deutsche Spielwarenbranche aus. Der Vorstand des Nürnberger Vereins Fair Toys Organisation (FTO), Maik Pflaum, setzt aber darauf, dass durch das neue Gesetz aus dem Jahr 2021 für die Käufer von Spielzeug ein verlässlicher Kompass für Kaufentscheidungen entsteht. Eine Firma könne ihre Lieferkette zwar nicht bis in die kleinste Verästelung hundertprozentig überprüfen. Aber man könne das „hundertprozentig Mögliche tun“, um etwa gegen ausbeuterische Löhne vorzugehen, sagte Pflaum bei einer digitalen Podiumsveranstaltung zum Lieferkettengesetz des Menschenrechtsbüros der Stadt Nürnberg und der FTO.

Das Gesetz verpflichtet ab dem Jahr 2023 zunächst Betriebe mit mehr als 3.000 Beschäftigten unter anderem, die eigene Lieferkette auch auf sozial-ökologische Aspekte zu analysieren. Die deutsche Spielwarenindustrie ist allerdings überwiegend von kleineren Betrieben geprägt, so dass nur zwei deutsche Hersteller in Frage kommen, wurde bei der Diskussion deutlich. Trotzdem sieht Anosha Wahidi vom Bundesentwicklungsministerium „einen Paradigmenwechsel weg von der Freiwilligkeit hin zur Unternehmenspflicht“. Das „weltweit stärkste Gesetz“ diene hoffentlich auch als Vorlage für die EU, die Mitte Februar 2022 einen europaweiten Entwurf vorlegen will, sagte sie.

Ulrich Brobeil vom Branchenverband DVSI, der Gründungsmitglied der FTO ist, sagte, in der Corona-Pandemie habe sich gezeigt, dass bei den Lieferketten „der Preis nicht alles ist“. Er räumte aber auch ein, dass sich laut einer Umfrage Spielzeugkäufer vor allem am Preis orientieren. Demnach rangiere die Qualität auf Platz 3, Nachhaltigkeit komme erst abgeschlagen auf Platz 8.

Axel Gottstein, Inhaber des Spielzeugherstellers Sigikid, unterstrich mit Blick auf Kinderarbeit unter anderem in China oder Indien, „Spielzeug für Kinder darf kein Spielzeug von Kindern sein“. Durch das Lieferkettengesetz habe sich „nichts geändert“. Die Philosophie des Unternehmens sei entscheidend, so Gottstein.

„Überzeugung lässt sich nicht per Gesetz erzwingen.“ Allerdings dürfte die Lohnhöhe in den Fabriken in Fernost nicht die eigene Wettbewerbsfähigkeit gefährden, er habe auch Verantwortung für seine 250 Mitarbeiter in Deutschland.
(00/0396/03.02.2022)